

Plenarsitzung vom 26. Juni 2006

Interpellation der Regierung zur **Finanzierung der Kommunen**

In einer Veröffentlichung der GRESEA (Groupe de recherche pour une stratégie économique alternative) werden Ungereimtheiten bei der Finanzierung der Kommunen angesprochen. Diese Finanzierung erfolgt zu 45,65% aus Steuermitteln, zu 44,03% aus Fonds und Subsidien und nur zu 10,32% aus eigenen Ressourcen.

Als erstes wird die Ungerechtigkeit bei der Besteuerung der Geldvermögen angesprochen. Die Geldvermögen in Belgien belaufen sich auf 762 Milliarden Euro: Die Hälfte dieser Summe ist in der Hand von 10% der belgischen Haushalte und das reichste 1% der Bevölkerung besitzt 25% dieser Vermögen.

Durch die Aufrechterhaltung des Bankgeheimnisses in Belgien entziehen sich diese Geldvermögen zum großen Teil der Besteuerung. Das Finanzamt erhält nur die 15% auf die Zinsgewinne. Auch die zusätzliche Kommunalsteuer wird nicht erhoben. Es besteht also eine eindeutige Diskriminierung derjenigen, die zur kommunalen Finanzierung beitragen.

Der Beitrag der Unternehmen ist ebenfalls gesunken, z.B. im Bereich der Immobilien-Vorabzugssteuer und auf Grund anderer steuerlicher Erleichterungen.

Die Geldmittel für die Städte und Gemeinden müssen also mehr und mehr von der arbeitenden Bevölkerung und von den Wohnungseigentümern erbracht werden. Aber auch hier gibt es Ungerechtigkeiten. Den oberen Einkommen wurden durch die Reynders Reform in 2001 bedeutende Steuergeschenke gemacht. Die Immobiliensteuer wird gemäß Katastereinkommen berechnet: Letzteres sollte regelmäßig dem Mietwert angepasst werden. Die letzte Anpassung erfolgte aber in den späten siebziger Jahren!

Man muss all diese Vergünstigungen vor dem Hintergrund der zunehmenden Verarmung der breiten Bevölkerung betrachten. In Belgien leben 15% der Menschen in Armut. Das Integrationseinkommen liegt unterhalb der Armutsgrenze, 23% der Arbeitslosen und 26% der Rentner leben in Armut. Ohne die verschiedenen Sozialhilfen müssten 42% der Belgier mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze auskommen.

Gerade wegen dieser zunehmenden Verarmung ist der Erhalt leistungsstarker kommunaler Dienste ganz wesentlich. Nur dank dieser Dienste kann der Gesamtheit der Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein garantiert werden.

Die frankophone "Aktion gegen die Finanzspekulation und für Steuergerechtigkeit" fordert deshalb die Gleichheit vor dem Steuergesetz und eine gerechte Steuerprogression. Konkrete Vorschläge beinhalten die Globalisierung der Finanzeinkünfte mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Besteuerung der Geldvermögen, die Anpassung der Katastereinkünfte gemäß der Vermietungsrealität und die Besteuerung der Unternehmen gemäß ihren Einkünften.

Dank dieser Maßnahmen würde eine drastische Verringerung der öffentlichen Schulden und der Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte ermöglicht.

Nun zu den Fragen:

1. Wie steht die Regierung der DG zu diesen Aussagen?
2. Wie gedenkt die Regierung der DG die Finanzierung der Kommunen vor dem Hintergrund abnehmender finanzieller Ressourcen zu gewährleisten?

Dr.J.Meyer
VIVANT-Fraktion